

Entlassungswelle in der Techbranche, Drohen Streiks im öffentlichen Dienst?, Ukraine-Krieg kostet deutsche Wirtschaft 175 Milliarden Euro

Entlassungswelle in der Techbranche

Die nächste große Firma aus der Techbranche kündigt Entlassungen an: Der Musikstreamingdienst Spotify streicht 6 Prozent seiner Arbeitsplätze, wie Konzernchef und Firmengründer Daniel Ek am Montag (23.01.2022) mitteilte. Damit fallen bei dem Musikstreaming-Marktführer etwa 600 der rund 10.000 Stellen weg. Ek verwies darauf, dass Spotify effizienter werden müsse. Spotify plant mit Kosten zwischen 35 und 45 Millionen Euro für Abfindungen, wie aus einem Schreiben an die US-Börsenaufsicht SEC hervorgeht. Die in den USA notierten Aktien gewannen 3,3 Prozent. Allerdings schreibt das Unternehmen trotz steigender Abonnentenzahlen seit Jahren Verluste. ([Manager Magazin](#))

Drohen Streiks im öffentlichen Dienst?

Eine Gehaltserhöhung von 10,5 Prozent wollen die Gewerkschaften, mindestens aber 500 Euro im Monat. Davon würden vor allem auch die mittleren und unteren Einkommen profitieren. Unterhalb eines Einkommens von rund 4760 Euro bedeutet eine Lohnerhöhung von 500 Euro mehr als 10,5 Prozent Gehaltssteigerung. Bei den Einstiegsgehältern der untersten Lohngruppen könnte dies über 20 Prozent ausmachen. Zudem sollen die Vergütungen der Auszubildenden, Studierenden und Praktikanten um 200 Euro erhöht werden. Verhandelt wird für

über 2,5 Millionen Menschen in Hunderten Berufen, von Pflegekräften über Verwaltungsangestellte und Erzieherinnen bis hin zu Müllwerkern. Hinzu kommen 2,4 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Kommunen und deren wirtschaftliche Betriebe und Unternehmen, wie etwa Wasserwerke oder Verkehrsbetriebe, und rund 148.000 Tarifbeschäftigte beim Bund. Dazu kommen etwa 111.000 Auszubildende bei den Kommunen und etwa 6000 beim Bund. Nicht verhandelt wird für die über eine Million Beschäftigten der Länder. Mehr dazu [hier](#). ([Spiegel Online](#))

Ukraine-Krieg kostet deutsche Wirtschaft 175 Milliarden Euro

Die deutsche Wirtschaft dürfte der Krieg Russlands gegen die Ukraine im laufenden Jahr 2023 rund 175 Milliarden Euro kosten. Zu diesem Ergebnis kommen Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die am Montag (23.01.2023) in Köln veröffentlicht wurden. Dies entspreche pro Person Wohlstandsverlusten von etwa 2000 Euro. Für die Berechnung wurde laut IW die aktuelle Lage verglichen mit einem Szenario, in dem es keinen Krieg und damit keine hohen Energiepreise oder Lieferengpässe gibt. Daraus habe sich ein preisbereinigter Verlust von etwa 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ergeben. Als zentrale Probleme sieht das Institut Unsicherheiten im Energiebereich, hohe Kosten nicht nur für Strom und Gas, sondern auch für Vorprodukte und Rohstoffe und damit einhergehende Zurückhaltung bei Investitionen. ([Welt Online](#))